

**STELLUNGNAHME****INTELLIGENTE STÄDTE UND GEMEINSCHAFTEN –
EINE EUROPÄISCHE INNOVATIONSPARTNERSCHAFT**

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- betont, dass die lokalen Gebietskörperschaften nicht nur der Industrie ihre Tätigkeit ermöglichen und ihre Kunden sind, sondern auch in ihrer grundlegenden Eigenschaft als Vorreiter und Innovatoren anerkannt werden müssen;
- verweist darauf, dass der von der Kommission anvisierte industriegetriebene Ansatz auf einem präzise definierten und konkret nachgewiesenen Bedarf der Bürger beruhen muss. Die lokalen Gebietskörperschaften spielen eine herausragende Rolle, wenn es darum geht, den Bedarf und die Nachfrage der öffentlichen und privaten Akteure vor Ort zu ermitteln und zum Ausdruck zu bringen (z.B. Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und örtliche Bevölkerung). Diese entscheidende Verbindung umfasst Anhörungen und wirksame Mechanismen zur Mitwirkung auf lokaler Ebene und sollte einen herausragenden Platz einnehmen;
- ist der Auffassung, dass die Kommission die Kriterien für die Ermittlung und Auswahl bahnbrechender innovativer Lösungen präzisieren muss. Sie muss dafür sorgen, dass das Verfahren transparent und offen ist und vorzugsweise an ein konkretes Ausschreibungsverfahren gekoppelt wird. Auch müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden;
- empfiehlt der Kommission, in einem übersichtlichen Leitfaden alle europäischen Programme und Initiativen zusammenzutragen, die die Finanzierung innovativer Projekte ermöglichen, die im Rahmen der SCC entwickelt werden können. So sollte der Leitfaden auf Initiativen wie Green Digital Charter, Bürgermeisterkonvent, CIVITAS, Concerto u.a. eingehen und einen Überblick über alle Programme im Zusammenhang mit intelligenten Städten und Gemeinschaften enthalten;
- unterstreicht insbesondere, dass ein zentraler Bestandteil der Arbeiten im Rahmen von SCC-Partnerschaften die Entwicklung intelligenter Netze sein wird.

Berichterstatter

Ilmar Reepalu (SE/SPE), Mitglied des Stadtrats von Malmö

Referenzdokument

Mitteilung der Kommission "Intelligente Städte und Gemeinschaften – eine europäische Innovationspartnerschaft"
C(2012) 4701 final

**Stellungnahme des Ausschusses der Regionen –
Intelligente Städte und Gemeinschaften – eine europäische Innovationspartnerschaft**

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Allgemeine Bemerkungen

1. stellt fest, dass die Kommission mit ihrer Mitteilung "Intelligente Städte und Gemeinschaften – eine europäische Innovationspartnerschaft" die Initiative für eine europäische Innovationspartnerschaft zur gemeinsamen Nutzung von Ressourcen ergreift, um innovative technische Lösungen, die auf integrierten Energie-, Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnologien beruhen, in Städten zu entwickeln und zu verbreiten;
2. teilt die Auffassung der Kommission, dass eine der größten Herausforderungen der EU darin besteht, die europäischen Städte zu intelligenten und nachhaltigen Lebensräumen zu machen, und dies in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht; unterstrich bereits mehrfach die Bedeutung wirkungsvoller Maßnahmen und Veränderungen zur Unterstützung und Förderung der Bemühungen um eine langfristig nachhaltige Gesellschaft, was zu einer Verbesserung der städtischen Umwelt, der Volksgesundheit und letztlich des sozialen Wohlergehens führen wird; er betont gleichzeitig, dass Städte sowohl wirtschaftlich als auch sozial sowie in Umweltfragen eng mit ihrem Umland und mit den ländlichen Gebieten verbunden sind und dass diese Verbindung für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung sowohl der städtischen als auch der ländlichen Gebiete wichtig ist, denn die ländlichen Gebiete werden verschmutzt durch Emissionen der Städte in die Luft und in das Wasser;
3. begrüßt die Kommissionsinitiative für eine Innovationspartnerschaft. Es ist erfreulich, dass die Kommission mit dieser Initiative die herausragende Rolle von Städten und lokalen Gebietskörperschaften in der gesamten Arbeit der Union im Bereich des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums herausstellt und anerkennt. Es ist wichtig zu betonen, dass Städte in vielen Fällen bei der Förderung einer langfristig nachhaltigen Gesellschaft vorangehen. Diese positive Entwicklung und die hohen Ambitionen der Städte müssen von der EU im Rahmen ihrer Arbeiten unterstützt und gefördert werden;
4. sieht in der Anwendung der Grundsätze der Systemintegration und der Interoperabilität eine Voraussetzung für die Schaffung intelligenter Städte; begrüßt deshalb das von der Kommission vorgeschlagene Konzept der integrierten Systemlösungen und ist davon überzeugt, dass solche integrierten Lösungen im Vergleich zu sektorspezifischen Ansätzen einen erheblichen Mehrwert bringen. Sektorspezifische Vorhaben und Lösungen können hingegen in anderen Zusammenhängen wirksame ergänzende Maßnahmen und Lösungen bieten;

5. unterstreicht, dass die drei Technologiebereiche der Innovationspartnerschaft intelligente Städte und Gemeinschaften (SCC) von unterschiedlichem Gewicht und unterschiedlicher Bedeutung sein können, je nachdem, inwieweit die Projekte innovative Systemlösungen für die ermittelten Bedürfnisse beinhalten; ist ferner der Auffassung, dass weitere Bereiche, die zu einer nachhaltigen städtischen Entwicklung beitragen (z.B. Wasser, Abfall, Luft, strategische Planung oder Dienstleistungsinnovationen, die die Bürger zur Nutzung und Erschließung neuer Lösungen anregen), bei der Ausarbeitung und Durchführung von Projekten und Lösungen zum Tragen kommen müssen, wenn sie unter dem Gesichtspunkt des Wachstums einen Mehrwert liefern;
6. stellt fest, dass die Kommission eine von der Industrie in Zusammenarbeit mit Städten geführte Partnerschaft vorschlägt. Die Initiative soll den Markteintritt bahnbrechender innovativer Lösungen erleichtern, die auf integrierten Energie- und Verkehrstechnologien beruhen und sich auf Informations- und Kommunikationstechnologien stützen;
7. betont in diesem Zusammenhang die zentrale und in vielen Fällen herausragende Rolle der lokalen Gebietskörperschaften bei den weiteren Arbeiten. In den Strategien und Projekten, die im Rahmen der SCC-Partnerschaft konzipiert und beschlossen werden (z.B. strategischer Durchführungsplan), muss den einzelnen und zusammengeschlossenen lokalen Gebietskörperschaften gleich welcher Bevölkerungszahl eine zentrale Rolle zukommen, und sie sollten bei jeder Entscheidung über die Verwendung öffentlich-kommunaler Mittel das letzte Wort haben;
8. betont, dass die lokalen Gebietskörperschaften nicht nur der Industrie ihre Tätigkeit ermöglichen und ihre Kunden sind, sondern auch in ihrer grundlegenden Eigenschaft als Vorreiter und Innovatoren anerkannt werden müssen;
9. verweist ferner darauf, dass der von der Kommission anvisierte industriegetriebene Ansatz auf einem präzise definierten und konkret nachgewiesenen Bedarf der Bürger beruhen muss. Die lokalen Gebietskörperschaften sind die bürgernächste Ebene und spielen eine herausragende Rolle, wenn es darum geht, den Bedarf und die Nachfrage der öffentlichen und privaten Akteure vor Ort zu ermitteln und zum Ausdruck zu bringen (z.B. Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und örtliche Bevölkerung). Diese entscheidende Verbindung umfasst u.a. Anhörungen und wirksame Mechanismen zur Mitwirkung auf lokaler Ebene und muss einen herausragenden Platz in der Arbeit einnehmen. Dabei werden Lösungen entwickelt, die sich auf eine einzigartige und konkrete Nachfrage der lokalen Gebietskörperschaften, Akteure und Bürger stützen und die im Vergleich zu sektorspezifischen – bisweilen suboptimalen – Lösungen einen Mehrwert bringen;
10. begrüßt das von der Kommission anvisierte langfristige Ziel der SCC-Initiative, bis zum Jahr 2020 mindestens 20 bahnbrechende innovative Lösungen vorzuschlagen und zu verbreiten, die Energie-, Verkehrs- und Informations- und Kommunikationstechnologien

miteinander kombinieren; betont in diesem Zusammenhang, dass es sehr wichtig ist, angemessene Voraussetzungen zu schaffen, damit die innovativen Lösungen in vielen Städten der Union übernommen, angepasst und angewandt werden können; ist erfreut darüber, dass die Kommission die Notwendigkeit nachfrageseitiger Maßnahmen betont (z.B. Entwicklung neuer Geschäftsmodelle). Um dies zu erreichen, sollte die Kommission nach Ansicht des Ausschusses als ein Auswahlkriterium für diese Projekte darauf achten, dass es in den Vorschlägen eine starke Verknüpfung zwischen neuen, kreativen und bahnbrechenden Lösungen sowie der Umsetzung und Verbreitung der Ergebnisse zur europaweiten Nutzung durch Kommunen und Regionen gibt. In den Projekten sollten die nutzbringenden Synergien zwischen miteinander verbundenen Projektakteuren und der Einsatz von Entwicklungs- und Finanzierungsinstrumenten einen hohen Stellenwert genießen; müssen die Städte darin unterstützt werden, ihre Auswirkungen auf die Umwelt zu reduzieren, indem Lösungen entwickelt werden, bei denen durch einen intensiven Einsatz der IKT die Energieeffizienz der Stadt verbessert, die Nutzung erneuerbarer Energien gefördert und die Mobilität erleichtert und so eine erhebliche Verminderung der CO₂-Emissionen und sonstiger gasförmiger Schadstoffe in einem nachhaltigen Stadtstrukturmodell erreicht werden;

11. ist der Ansicht, dass neben Bürgerbeteiligung und Konsultation ein Schlüsselfaktor für den Erfolg der SCC-Initiative eine wirklich gemeinschaftliche Planung ist, damit Entscheidungen zusammen mit der lokalen Gebietskörperschaft unter Einbeziehung aller beteiligten, örtlich tätigen nationalen oder regionalen Agenturen, Freiwilligenorganisationen und Unternehmen getroffen werden können, sofern sie direkt von den Zielen der SCC-Partnerschaften betroffen sind; hierbei sollte die künftige grundlegende Rolle der Energiedienstleistungsunternehmen (ESCO) hervorgehoben werden;
12. ist der Auffassung, dass die Kommission die Kriterien für die Ermittlung und Auswahl bahnbrechender innovativer Lösungen präzisieren muss. Die Kommission muss dafür sorgen, dass das entsprechende Verfahren transparent und offen ist und dass es vorzugsweise an ein konkretes Ausschreibungsverfahren gekoppelt wird. Auch müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden;
13. verweist auf die unterschiedlichen Stadtstrukturen in der EU. In vielen Gegenden gibt es eine polyzentrische Stadtstruktur, in anderen wiederum dominiert eine Großstadt gegenüber vielen kleineren Städten im Umland. Unabhängig von ihrer Größe ist eine Stadt das Zentrum beispielsweise für die Erbringung öffentlicher und privater Dienstleistungen sowie für die Wissenserzeugung, Innovation und das Unternehmertum auf lokaler und regionaler Ebene. In Ausnahmefällen gibt es regionale Beispiele ausgeprägter demografischer und territorialer Ungleichgewichte, bei denen man nicht von einem Städtenetz im eigentlichen Sinne sprechen kann. In diesen Fällen können bestehende lokale Strukturen, die verschiedene Bevölkerungsteile umfassen, in die SCC-Initiative eingebunden werden;

14. stellt fest, dass Städte unabhängig von ihrer Größe bei der Schaffung nachhaltiger Lebensräume oftmals vor denselben Herausforderungen stehen und auf dieselben technischen Lösungen angewiesen sind; ist der Auffassung, dass die SCC-Partnerschaft diesem Aspekt Rechnung tragen muss und dass innovative Lösungen entwickelt werden müssen, die wirtschaftliche Synergien schaffen und sich auf die Städte und ihre Einwohner spürbar auswirken;
15. erinnert daran, dass der Zusatz "und Gemeinschaften" eben gerade deshalb zur Bezeichnung der SCC-Initiative hinzugenommen wurde, um zu unterstreichen, dass der Begriff "Stadt" bzw. "städtisches Gebiet" in Europa fließende Grenzen hat. In vielen Mitgliedstaaten gibt es zahlreiche Fälle, in denen lokale Gebietskörperschaften zwar nicht als Stadt bezeichnet werden, sie jedoch viel größer sind und über wesentlich beträchtlichere Ressourcen und Kapazität verfügen als andere Gemeinden, die in rechtlicher oder geografischer Hinsicht gemeinhin als Städte gelten. Ebenso können Gruppen lokaler Gebietskörperschaften ihre Ressourcen häufig in einem größerem Umfang bündeln als Städte; in solchen Konstellationen, die auch auf Großstadtgebiete oder Ballungsräume zutreffen können, kann die Rolle der regionalen Ebene für die Koordinierung und das Voranbringen integrierter Maßnahmen entscheidend sein;

Durchführung der Innovationspartnerschaft "Intelligente Städte und Gemeinschaften"

16. begrüßt, dass im Siebten Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung 2013 auch Ressourcen für Projekte vorgesehen sind, die zu der EIP "Intelligente Städte und Gemeinschaften" passen;
17. hält es für wesentlich, dass auf EU-Ebene im Rahmen des neuen Programms Horizont 2020 ausreichend Mittel vorgesehen werden, damit die SCC-Initiative zu den von der Kommission angeführten Zielen beitragen kann;
18. unterstreicht, dass die Durchführung der SCC-Initiative nicht mit einer Kürzung der Finanzierung aus anderen laufenden Programmen einhergehen darf, mit denen die lokalen Gebietskörperschaften in ihren Bemühungen zur Förderung intelligenter Städte und Gemeinschaften unterstützt werden, insbesondere da sich diese Programme auf lokaler Ebene besonders bewährt haben. Darüber hinaus sollte die Kommission die thematischen Bereiche und die im Rahmen von Horizont 2020 zugewiesenen Mittel festlegen;
19. stellt fest, dass sich die Regionalpolitik und die Strukturfonds auf die Durchführung von Strategien zur Förderung intelligenter Städte positiv ausgewirkt haben, und betont, dass sie bei der weiteren Entwicklung der SCC-Initiative eine wichtige Rolle spielen könnten. Der Vorschlag für die Überarbeitung der Kohäsionspolitik ab 2014 beinhaltet eine klare städtische Dimension, u.a. durch die Bereitstellung von Mitteln für die nachhaltige Stadtentwicklung im Rahmen des Regionalfonds. Wie diese Mittel zur Realisierung intelligenter Städte beitragen können, muss geklärt werden, damit auf diese Weise zur Schaffung von Synergien und zu

einem ganzheitlichen Ansatz in Stadtentwicklungsfragen, der auch das ländliche Umland berücksichtigt, beigetragen werden kann;

20. empfiehlt der Kommission, in einem übersichtlichen Leitfaden alle europäischen Programme und Initiativen zusammenzutragen, die die Finanzierung innovativer Projekte ermöglichen, die im Rahmen der SCC entwickelt werden können. So sollte der Leitfaden auf Initiativen wie Green Digital Charter, Bürgermeisterkonvent, CIVITAS, Concerto u.a. eingehen. Ein solcher Leitfaden wäre beispielsweise für die lokalen Gebietskörperschaften und für die Industrie von großer Bedeutung, da er Informationen über alle Programme im Zusammenhang mit intelligenten Städten und Gemeinschaften enthalten würde. Er könnte z.B. über die Internetseite der Plattform der Interessenvertreter zugänglich sein;
21. unterstreicht die Bedeutung eines ganzheitlichen Ansatzes bezüglich der EU-Finanzhilfe für SCC-Partnerschaften und andere Quellen der EU-Finanzierung wie dem Europäischen Strukturfonds für Investitionen, der Fazilität "Connecting Europe" und LIFE 2014-2020, um insbesondere eine eindeutige Kontinuität der Unterstützung für SCC-Initiativen herzustellen und dadurch unnötige Inkohärenzen, Überschneidungen und Doppelungen zu vermeiden;
22. begrüßt, dass die Kommission den Mitgliedstaaten empfiehlt, Finanzmittel zur Förderung von Maßnahmen zur Beschaffung und Verbreitung innovativer Lösungen im Rahmen der SCC bereitzustellen;
23. stellt fest, dass die Leuchtturmprojekte – zentraler Bestandteil der SCC-Initiative – strategische Partnerschaften zwischen innovationsgetriebenen Unternehmen in den drei Sektoren und kommunalen Entscheidungsträgern und Behörden sind;
24. verweist in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Rollen und Blickwinkel von Industrie und Stadt. Eine wichtige Aufgabe der Industrie besteht in der Entwicklung technischer Spezifikationen und Lösungen, die in vielen Städten übernommen und verbreitet werden können. Die Städte und Gemeinden und ihre Einwohner sind in erster Linie für die Ermittlung und Bekanntmachung der konkreten Bedürfnisse vor Ort verantwortlich, für die bedarfsgerechte technische Lösungen gefunden werden müssen. Folglich ist es von großer Bedeutung, dass die Projekte ausgehend von Bedarf und Nachfrage in Anbetracht ihres Mehrwerts aus technisch-innovativer Sicht entwickelt und gesteuert werden;
25. ist der Auffassung, dass die Leuchtturmprojekte die Kernbestandteile der SCC-Partnerschaft bilden. Da die lokalen Gebietskörperschaften den für nachhaltige Lösungen bestehenden Bedarf der Städte am besten einschätzen können, muss ihnen in den Konsortien und Leuchtturmprojekten eine maßgebliche und führende Rolle zugemessen werden. Dies kommt in der Kommissionsmitteilung nicht zum Ausdruck und bedarf der Klarstellung in den künftigen Arbeiten;

26. ist der Auffassung, dass auch die Rolle der sonstigen Akteure in den Konsortien und Projekten klar definiert werden muss, um gute Voraussetzungen und Ausgewogenheit in den Partnerschaften herzustellen. Die Form der Leuchtturmprojekte und Konsortien sollte im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen festgelegt werden, damit die Gestalt der Konsortien und die Rolle der einzelnen Akteure bei der Projektentwicklung klar umrissen und die Rahmenbedingungen für SCC-Partnerschaften transparenter werden;
27. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission in ihrer Mitteilung erklärt, dass sie für eine künftige Regulierung dieses Bereichs offen ist, um die kommerzielle Verwertung künftiger Lösungen zu erleichtern. Zwar möchte der Ausschuss der Regionen solche Maßnahmen nicht ausschließen, hält es jedoch für wichtig, dass eine eventuelle Regulierung sorgsam den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität sowie dem Bedarf an lokal angepassten Lösungen, die von den örtlichen Voraussetzungen ausgehen, Rechnung trägt;
28. ist deshalb der Ansicht, dass die Kommission deutlich machen muss, worin die eventuellen künftigen Regulierungen bestehen, und Beispiele für solche Regulierungen oder Bereiche geben sollte; dies wäre für die betroffenen Akteure in den Konsortien und Projekten eine wertvolle Information;
29. hält es für wichtig, dass für die Aktivitäten jedes Projektes einschlägige Indikatoren festgelegt werden, die im Zusammenhang mit den EU-Prioritäten und zentralen Herausforderungen in den Bereichen Energie, Verkehr und Informations- und Kommunikationstechnologien stehen, so z.B. Umweltleistung, Energieeffizienz von Städten, Anteil erneuerbarer Energien an der Energienutzung, gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen usw.;
30. wiederholt, dass in jeder Stadt andere Voraussetzungen herrschen; betont deshalb, wie wichtig es ist, dass die lokalen Gebietskörperschaften die Indikatoren auf die örtlichen Gegebenheiten abstimmen können. Wie hoch die Zielvorgaben für die einzelnen Indikatoren gesteckt werden, sollte von den lokalen Gebietskörperschaften in Abstimmung mit den Industriekonsortien festgelegt werden. Gleichzeitig müssen die Indikatoren als Richtschnur für die Industrie, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) dienen, sodass den übergeordneten Zielen und wichtigsten Herausforderungen auf EU-Ebene entsprochen werden kann. In jedem Fall fügen sich die Ziele in die "20/20/20"-Strategie ein, die von der Europäischen Union mit Blick auf das Jahr 2020 festgelegt wurde;
31. schlägt vor, dass die Kommission überall in Europa erforderliche Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten regionaler Innovationsökosysteme finanzieren sollte. Im Bereich der intelligenten Städte sind Versuche erforderlich, bei denen die physischen und funktionalen Aspekte von Gebäuden sowie die gesamte Infrastruktur mit vielfältigen Entwicklungen und Dienstleistungen verknüpft werden, die die Stadt und sonstige Akteure erbringen bzw. produzieren und unterhalten. Diese IKT-gestützte Regionalmodellierung ist erforderlich, um eine verlässliche Grundlage für die Lebenszyklusanalyse unterschiedlicher Investitionen

sowie die Entwicklung nutzerorientierter Geschäftsmodelle, Bürgerinitiativen und Beschlussfassungsprozesse zu bieten;

32. begrüßt die Absicht der Kommission, die Überwachungssysteme auf vorhandenen Verfahren aufzubauen, wie etwa denen, die im Zusammenhang mit dem Bürgermeisterkonvent und der Green Digital Charter eingesetzt werden. Es sollte auch betont werden, dass die Ziele auf EU-Ebene Mindestziele sind und dass Städte dazu ermutigt werden sollten, ihre Ziele höher zu stecken und in diesem Bereich ein Vorbild zu sein;
33. begrüßt die Aufforderung der Kommission, einen Erfahrungsaustausch und die Verbreitung bewährter Praktiken auf internationaler Ebene zu betreiben. Durch das Aufzeigen konkreter und gelungener europäischer Beispiele auf der internationalen Bühne wird die europäische Industrie gefördert. Dies wiederum gibt der Umsetzung der Europa-2020-Strategie einen weiteren Schub. Die Ziele im Bereich der internationalen Zusammenarbeit im SCC-Rahmen sollten mit spezifischen Mitteln unterstützt werden;
34. stellt fest, dass die Kommission eine Reihe bereichsübergreifender Themen benennt, die geeignete Projektthemen sein könnten, wie z.B. intelligente Gebäude, intelligente Versorgungs- und Nachfragesysteme, nachhaltige städtische Mobilität und grüne IT. Diese Themen sind zwar relevant, doch betont der Ausschuss, dass die Themenliste nicht erschöpfend ist – es müssen weitere relevante Themen aufgenommen werden können. Die Informations- und Kommunikationstechnologien sollten z.B. als grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung kostengünstiger und benutzerfreundlicher elektronischer Dienste in allen Bereichen, die die Initiative umfasst, herausgestellt werden. Zur Ergänzung der Projektthemen muss auch die angemessene Koordinierung des Energiemanagements und der Abfallbewirtschaftung genannt werden;
35. unterstreicht insbesondere, dass ein zentraler Bestandteil der Arbeiten im Rahmen von SCC-Partnerschaften die Entwicklung intelligenter Netze sein wird; verweist in diesem Zusammenhang auf seine unlängst verabschiedete Stellungnahme zum Thema "Erneuerbare Energien: ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Binnenmarkt" und bekräftigt erneut die große Bedeutung, die der Entwicklung intelligenter Netze zukommen dürfte;
36. macht erneut auf die große Herausforderung aufmerksam, die damit zusammenhängt, dass Energie aus erneuerbaren Quellen in Energienetze eingespeist wird, die nicht für diese Energieform ausgelegt sind. Die breite Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen erfordert Investitionen in die Modernisierung der Netze, deren derzeitiger Zustand die Entwicklung erneuerbarer Energieträger einschränkt. In diesem Zusammenhang spielt der Ausbau intelligenter Netze eine wichtige Rolle;
37. verweist auch auf einen weiteren Bereich, in dem intelligente Netze einen enormen Mehrwert bringen können, namentlich die Speicherung von Überschussenergie, die zu einem besseren Gleichgewicht zwischen Energieangebot und -nachfrage beitragen kann. Intelligente Netze

und die dazugehörigen technischen Anwendungen, die einen Ausgleich der Schwankungen in der Energieerzeugung und Energienutzung sowie einen gleichmäßigeren Energiefluss ermöglichen, dürften zu einer erheblichen Ankurbelung der Wirtschaft, zu einer Senkung der Kosten sowohl für die Erzeuger als auch die Verbraucher und zur Entwicklung intelligenter Städte beitragen;

38. unterstreicht gleichzeitig, dass sich mit technischen Systemen und Anwendungen alleine keine nachhaltigen und intelligenten Städte schaffen lassen. Die technische Entwicklung muss vielmehr mit Maßnahmen einhergehen, die die Bürger und Unternehmen dazu bewegen, ihre Energieverbrauchsmuster zu ändern;
39. weist darauf hin, dass viele europäische Städte in ihrem Stadtgefüge große bauliche Unterschiede hinsichtlich der Energieeffizienz aufweisen. Die Entwicklung eines nachhaltigen städtischen Umfelds erfordert besondere Bemühungen zur Gebäudesanierung und -modernisierung, gestützt auf entsprechende Finanzinstrumente und eine besondere Rolle erneuerbarer Energien;

Lenkung der Innovationspartnerschaft "Intelligente Städte und Gemeinschaften"

40. ist der Auffassung, dass die Lenkung effektiv und zweckmäßig, zugleich jedoch einfach und transparent organisiert sein muss, damit die SCC-Partnerschaft ihrem Auftrag gerecht werden kann; bedauert, dass die Kommission die wesentliche Rolle, die den lokalen Gebietskörperschaften gleich welcher Bevölkerungszahl bei der Lenkung zukommen muss, nicht ausreichend herausgestellt hat. Den lokalen Behörden müssen spürbare Einfluss- und Teilnahmemöglichkeiten auf allen Lenkungsebenen gegeben werden: in der hochrangigen Gruppe und der Plattform der Interessenvertreter, aber auch in den anschließend einzurichtenden Arbeitsgruppen;
41. vertritt die Auffassung, dass die Kommission die Grundlage und das Verfahren für die Ernennung der Mitglieder der hochrangigen Gruppe festlegen muss. Dabei ist zu gewährleisten, dass die lokalen Gebietskörperschaften in der hochrangigen Gruppe angemessen vertreten sind;
42. hält es ferner für wichtig, eine umfassende Vertretung der lokalen Gebietskörperschaften auch in den verschiedenen Gremien der Plattform der Interessenvertreter zu ermöglichen (z.B. in der "Roadmap-Gruppe"), um zu gewährleisten, dass die lokale Perspektive gebührend zum Tragen kommt;
43. spricht sich für eine enge Mitwirkung der lokalen Gebietskörperschaften an der Lenkung aus. Dadurch lässt sich gewährleisten, dass Projekte und Lösungen durchgeführt werden, die von den Städten und ihren Bürgern tatsächlich gebraucht werden. Wie bereits erwähnt, kennen die lokalen Gebietskörperschaften den Bedarf ihrer Einwohner und die eigenen komplexen

Systeme der Städte am besten – ohne dieses Wissen und die Kompetenzen, die für die Lenkung grundlegend sind, werden sich nur suboptimale Lösungen ergeben;

44. setzt voraus, dass die Governance-Struktur einen Mechanismus für Kontroll- und Folgemaßnahmen enthält, um sicherzustellen, dass alle verfügbaren Finanzmittel effektiv und im Einklang mit den Zielen der SCC-Partnerschaft eingesetzt werden. Der Kontrollmechanismus und die Folgemaßnahmen müssen transparent und den beteiligten Akteuren bekannt sein;
45. hält es für überaus wichtig, dass alle einschlägigen Informationen über die Initiative auf eine wirksame Art und Weise bekannt und allen beteiligten Akteuren zugänglich gemacht werden, damit zukunftsweisende Projektideen zusammengetragen und weiterentwickelt werden und in der Folge die Grundlage der Projekte bilden können. Die Kommission spielt hierbei eine wichtige Rolle, aber auch die Impulse der lokalen Gebietskörperschaften sind sehr bedeutsam, kennen sie doch die Wirtschaft und Industrie vor Ort am besten. Auch unterschiedlichen Arten von Netzen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene kann in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommen; dementsprechend darf nicht vergessen werden, wie wichtig die Umsetzung der Multi-Level-Governance ist, wonach alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung je nach ihren Kompetenzen und Ressourcen zur Projektentwicklung beitragen;
46. betont, dass Arbeitsprozesse, Sitzungen, Dokumentenhandhabung u.Ä. effektiv gestaltet werden müssen, um keinen der beteiligten Akteure von einer Mitwirkung abzuhalten, sondern eine solche im Gegenteil zu fördern. Die Arbeitsabläufe müssen klar und deutlich in allen Arbeitsgruppen definiert sein.

Brüssel, den 4. Juli 2013

Der Präsident
des Ausschusses der Regionen

Ramón Luis Valcárcel Siso

Der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen

Gerhard Stahl

II. VERFAHREN

Titel	Mitteilung der Kommission "Intelligente Städte und Gemeinschaften – eine europäische Innovationspartnerschaft"
Referenzdokument	C(2012) 4701 final
Rechtsgrundlage	Fakultative Befassung
Geschäftsordnungsgrundlage	
Schreiben der Kommission	25. Januar 2013
Beschluss des Präsidiums/Präsidenten	18. Januar 2013
Zuständige Fachkommission	Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE)
Annahme in der Fachkommission	24. April 2013
Ergebnis der Abstimmung in der Fachkommission	Mehrheitlich angenommen
Verabschiedung im Plenum	3./4. Juli 2013
Frühere Stellungnahme(n) des AdR	
Konsultation des Netzes für Subsidiaritätskontrolle	Entfällt